



THOMAS DE MAIZIÈRE

MDB / BUNDESMINISTER A.D.



IMPRESSUM

Dr. Thomas de Maizière

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister a.D.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.thomasdemaiziere.de

Bilder: Hans-Joachim Rickel

TdM direkt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Arbeit der Großen Koalition und insbesondere der Bundesregierung hat in den letzten Wochen eindeutig nicht den Ansprüchen entsprochen, die wir in Berlin an uns selbst haben und die Sie auch zu Recht von uns erwarten können. Zu viel Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit wurde für Einzel- und Nebenthemen geopfert; und zu viele Themen, die für die Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft von großer Bedeutung sind, mussten dahinter zurückstehen.

In dieser Woche stand nun die Sacharbeit wieder im Mittelpunkt. Im Deutschen Bundestag haben wir gestern und heute viele Gesetze beschlossen, die Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, ganz direkt zu Gute kommen: So entlasten wir Familien und die Mittelschicht durch mehr Kindergeld und den Abbau der kalten Progression. Wir stärken Mütter und ältere Menschen durch bessere Renten- und Pflegeleistungen. Und wir beschleunigen den Bau neuer Straßen und Schienen. Dazu erhalten Sie anliegend einen kurzen Überblick über die wichtigsten Punkte.

Außerdem hat der Haushaltsausschuss gestern beschlossen, noch in diesem Jahr Gelder für eine ganze Reihe von Denkmalschutzprojekten freizugeben. Davon profitiert auch die Frauenkirche Meißen: Die Restaurierung der Jehmlich-Orgel, deren Pfeifen zum Teil aus dem 17. Jahrhundert stammen, wird vom Bund mit bis zu 75.000 Euro gefördert. Ihre jetzige Form erhielt die Orgel zwischen 1929 und 1937, wegen akuten Holzwurmbefalls ist sie heute aber kaum noch spielbar.

Ein aktuelles Thema, wegen dem sich derzeit viele von Ihnen mit Fragen an mich wenden, stand in dieser Woche ebenfalls auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages: nämlich der UN-Migrationspakt. Durch diesen Pakt sollen internationale Standards zur Ordnung und Regulierung von Migration vereinbart werden. Deutschland erfüllt diese Standards bereits. Aber gerade die Herkunftsländer von Flüchtlingen werden aufgefordert, deutlich mehr zu tun.

Der UN-Migrationspakt liegt deshalb im besonderen deutschen Interesse, weil er Fluchtbewegungen verringern und vermeiden will. Er trägt mit dazu bei, dass nicht mehr, sondern weniger Flüchtlinge nach Europa und Deutschland kommen!

Dr. Thomas de Maizière, MdB



THOMAS DE MAIZIÈRE

MDB / BUNDESMINISTER A.D.

IM ÜBERBLICK: Aktuelle Entscheidungen des Deutschen Bundestages

1.

Entlastung von Familien und Steuerzahlern

Das Kindergeld wird ab 1. Juli 2019 um 10 Euro im Monat erhöht. Der Kinderfreibetrag steigt zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um jeweils 192 Euro, also insgesamt um 384 Euro. Zudem wird der steuerliche Grundfreibetrag 2019 erst um 168 Euro und 2020 dann nochmals um 240 Euro angehoben. Um den Effekt der sog. „kalten Progression“ auszugleichen, wird der Steuertarif an die Inflationsraten angepasst. Durch diese Maßnahmen entlasten wir Familien mit Kindern und insbesondere die Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen um insgesamt 9,8 Mrd. Euro allein im Jahr 2019. Bis 2022 summieren sich die Entlastungen auf fast 35 Mrd. Euro.

2.

Leistungsverbesserungen bei der Rente

Mütter und Väter, die für die Erziehung ihrer vor 1992 geborenen Kinder die Berufstätigkeit unterbrochen haben, erhalten bei der Rente weitere sechs Monate Kindererziehungszeit angerechnet. Krankheitsbedingte Frührentner werden künftig so behandelt, als hätten sie bis zur Regelaltersgrenze weitergearbeitet. Und Geringverdiener mit einem Einkommen von 450 bis 1300 Euro zahlen weniger Sozialabgaben, ohne dass dies zu Einbußen bei der Rente führt. Außerdem haben wir eine „doppelte Haltelinie“ beschlossen: Bis 2025 dürfen das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent des Durchschnittslohns fallen und der Rentenbeitrag nicht über 20 Prozent steigen.

3.

Mehr Personal und höhere Löhne in der Pflege

In der stationären Altenpflege schaffen wir rund 13.000 neue Stellen für medizinische Pflegekräfte. Auch die Krankenhäuser können ab 2019 mehr Pfleger einstellen, denn jede zusätzliche Stelle wird von den Kostenträgern garantiert finanziert. Ab 2020 werden die Pflegepersonalkosten außerdem aus dem System der Fallpauschalen ausgegliedert. Das bedeutet: Das Pflegepersonal in Krankenhäusern wird unabhängig von der Zahl der Fälle und der Höhe der Pauschalen vergütet. Weitere Anfahrtswege in der ambulanten Alten- und Krankenpflege, insbesondere im ländlichen Raum, werden künftig durch einen Wegkostenzuschlag besser vergütet.

4.

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Mit vorbereitenden oder Teilmaßnahmen für Verkehrsprojekte kann künftig unter bestimmten Voraussetzungen schon vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses begonnen werden. Um die Bürgerbeteiligung zu vereinfachen und beschleunigen, müssen alle Planungsunterlagen in Zukunft auch im Internet veröffentlicht werden. Bei Vorhaben, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig ist, kann zudem auf Erörterungstermine verzichtet werden. Und bei Klagen gegen Verkehrsprojekte werden die Kläger verpflichtet, Beweismittel innerhalb von 10 Wochen einzureichen – sonst werden sie im laufenden Gerichtsverfahren nicht berücksichtigt.